



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, 11055 Berlin

Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU
Mitglieder der Fraktion der FDP
Mitglieder der Fraktion der SPD
Mitglieder der Fraktion der Grünen/Bündnis 90
Mitglieder der Fraktion der Linken
im Deutschen Bundestag

Dr. Norbert Röttgen
Bundesminister
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT
Alexanderstraße 3
10178 Berlin

POSTANSCHRIFT
11055 Berlin

TEL +49 30 18 305-2000
FAX +49 30 18 305-2046

www.bmu.de

UN-Klimakonferenz in Kopenhagen

Berlin, 22. Dezember 2009
Seite 1 von 4

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben in Kopenhagen nicht das erreicht, was wir erreichen wollten und was notwendig ist, um die schlimmsten Folgen des globalen Klimawandels zu verhindern. Wir brauchen nun eine kritische Bestandsaufnahme, um daraus die richtigen Schlüsse für den weiteren Weg zu ziehen.

Wie ist der Sachstand? Die Vertragsstaatenkonferenz in Kopenhagen ist abgeschlossen. 25 Staaten konnten sich auf einen Entscheidungsvorschlag einigen. Dieser Entscheidungsvorschlag bildet letztlich den Konsens ab, der in dieser Gruppe mit den USA und den vier großen Schwellenländern China, Indien, Brasilien und Südafrika möglich war. Japan, Australien, Saudi Arabien, Kolumbien und Sudan waren ebenso vertreten wie Äthiopien, Bangladesh, Grenada und die Malediven.

Der Entscheidungsvorschlag enthielt und enthält aus Sicht der Europäischen Union nicht das, was notwendig ist. Er ist ein Schritt auf dem Weg, aber nicht die globale Übereinkunft, die in der Sache notwendig gewesen wäre. Aber: Durch den Minimalkonsens in Kopenhagen gelang es, das Einvernehmen über das 2 Grad Celsius-Ziel und ein Grundverständnis über die weiteren notwendigen Schritte zu sichern. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Die Alternative zu dem Wenigen, das in diesem Moment



Seite 2 von 2

erreichbar war, wäre Nichts gewesen. In dieser Situation galt es aus Sicht der EU, den Stand zu sichern, auf den sich Vertreter aus allen wichtigen Regionen und Kulturen unter Einschluss der Verletzlichsten einigen konnten.

Der Entscheidungsvorschlag der 25 Staaten erhielt nicht die für die Annahme durch die Konferenz erforderliche Unterstützung der übrigen Vertragsstaaten. Die Gesamtheit der Vertragsstaaten konnte sich nur darauf einigen, dass die Konferenz den Vorschlag zur Kenntnis nimmt. Damit geht der Entscheidungsvorschlag als Material in die weiteren Beratungen ein.

Welche Lehren lassen sich aus dem Verlauf der Kopenhagener Konferenz ziehen? Die Ziele, die Deutschland und die Europäische Union verfolgen, waren und sind richtig. Diese Ziele sind aus dem abgeleitet, was notwendig ist: Um den Temperaturanstieg unter 2 Grad Celsius halten und die schlimmsten Folgen eines unkontrollierbaren Klimawandels zu verhindern, ist langfristig eine grundlegend andere, eine weitgehend treibhausgasfreie Wirtschaftsweise notwendig. Wachstum und Ressourcen- und Energieverbrauch müssen entkoppelt werden. Global muss der Ausstoß um mehr als die Hälfte reduziert werden. Die notwendigen Minderungen in Industrieländern bis 2050 liegen in der Größenordnung von 80 bis 95 Prozent. Das heißt: Wir müssen einen fundamentalen wirtschaftlichen Strukturwandel hin zu einer zukunftsfähigen, modernen Wirtschaft organisieren. Dafür bleibt uns nicht viel Zeit: Spätestens bis 2020 muss die Trendwende der globalen Emissionen erreicht werden.

Dies bedeutet, dass die Industrieländer bis 2020 ihre Emissionen um 25 bis 40 Prozent im Vergleich zu 1990 senken müssen. Aber ohne Beiträge der Entwicklungsländer, insbesondere der großen Schwellenländer, wird es nicht gehen.

Die Industrieländer müssen für die Entwicklungsländer langfristig und verlässlich Finanzmittel bereitstellen, um ihnen bei der Anpassung an den Klimawandel und einer klimaverträglichen Entwicklung zu helfen. Dies ist nicht nur eine Frage globaler Gerechtigkeit sondern in unserem ureigenen sicherheitspolitischen Interesse.

Und wir brauchen Transparenz, Regeln zur Überprüfung der Verpflichtungen, Vorgaben für den Kohlenstoffmarkt und für den Abgleich von Minderungsbeiträgen.



Seite 3 von 3

Auch wenn der Kompromiss in Kopenhagen nur einen Minimalkonsens abbildet, wäre es falsch gewesen, den Tisch zu verlassen. Die EU kann die Klimakrise nicht alleine lösen. Auch über die Klimapolitik hinaus wäre ein Aufkündigen des erreichten Konsenses durch die Europäische Union der falsche Weg gewesen. Die internationale Klimapolitik ist die Nagelprobe dafür, wie die künftige Weltordnung aussieht und welche Rolle die Europäische Union in ihr spielen kann und spielen wird. Ohne die USA und China lassen sich weder die Klimakrise noch die anderen zentralen Herausforderungen unserer Zeit lösen. Unilateralismus kann für die Europäische Union nicht die Konsequenz aus den Schwierigkeiten und Beschränkungen des Multilateralismus sein.

Wir, die Europäische Union und Deutschland insbesondere, haben in der internationalen Klimapolitik ein Pfund, mit dem wir wuchern können: Unsere Glaubwürdigkeit, die es uns erlaubt, eine Mittlerrolle zwischen den Interessen der Entwicklungsländer und der Industrieländer wahrzunehmen. Diese Glaubwürdigkeit müssen wir einsetzen, um eine aktive und gestaltende Rolle in der künftigen Weltordnung einzunehmen. Aus diesem Grund hat die Bundeskanzlerin bereits in den letzten Stunden der Konferenz angeboten, im Sommer in Bonn eine Ministerkonferenz durchzuführen. Diese soll den Prozess weiter voranzubringen.

Was bedeutet Kopenhagen für die deutsche Politik? Auch hier gilt: Was richtig war, bleibt richtig. Deutschland wird seine Emissionen bis 2020 gegenüber 1990 um 40 Prozent mindern. Dies liegt in unserem ureigenen ökonomischen Interesse. Denn der Klimaschutz ist eine enorme Chance für die ökonomische Modernisierung unseres Landes, für Wachstum und Wohlstandssteigerung. Wir sind Weltmarktführer in der expandierenden Branche der Umwelttechnologien. Nur durch konsequente Anstrengung werden wir die Nummer 1 bleiben.

Darum setzen wir auf die Steigerung der Energieeffizienz und den Ausbau der erneuerbaren Energien. Auf beiden Gebieten ist Deutschland technologisch in der Welt führend – noch. Schon heute gibt es kaum einen anderen Wirtschaftszweig, der ähnlich hohe Wachstumsraten verzeichnen kann wie dieser Markt. Allein von 2005 bis 2007 gab es hier in Deutschland eine Steigerung des Produktionswertes um 27 Prozent. Schätzungen gehen davon aus, dass der Umsatz der Umweltindustrien bis zum Jahr 2020 weltweit auf 3,1 Billionen Euro steigen wird. Gleichzeitig zeigt sich, dass die Rolle der Umwelttechnologie als Beschäftigungsmotor stetig zunimmt. Es gilt, diesen Vorsprung nicht zu verlieren, indem wir veraltete Technologien subventionieren statt innovative Technolo-



Seite 4 von 4

gien zu fördern. Hierfür muss die Politik die richtigen Rahmenbedingungen setzen.

Unsere Stärke liegt auch in einem breiten politischen und gesellschaftlichen Konsens. Für die Unterstützung und Gemeinsamkeit, die auch ich persönlich vor und während der Konferenz in Kopenhagen erfahren durfte, bedanke ich mich sehr herzlich. Ich würde mich freuen, wenn wir in diesem Geist weiter zusammenarbeiten könnten.

Ich wünsche Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und alles Gute für das neue Jahr.

Mit kollegialen Grüßen